

28. Steuerrechtliche Jahresarbeitsstagung Wiesbaden, vom 09. bis 11. Mai 1977

Änderung von Steuerbescheiden und Rechtskraft

Prof. Dr. Hugo von Wallis, München Präsident des Bundesfinanzhofs

- I. Einleitung
- II. Die Bestandskraft von Verwaltungsakten und ihre Durchbrechung
- III. Widerstreitende Steuerfestsetzungen
- IV. Das Verhältnis des Änderungsbescheides zum Erstbescheid
- V. Änderung während eines Rechtsbehelfsverfahrens
- VI. Zur Rechtskraft gerichtlicher Urteile
- VII. Schluss

Aktuelle Fragen der Steuerpolitik

Ministerialdirektor Dr. Karl Koch, Bonn, Bundesfinanzministerium

- I. Wirklichkeit und Ideal in der Steuerpolitik
 1. Zur gegenwärtigen Steuerpolitik
 2. Das Ideal in der Steuerpolitik
 3. Staatsquote — Abgabenquote — Steuerquote
 4. Die Grenzen des Steuerrechts
 5. Steuerrecht und Geldentwertung
 6. Die soziale Symmetrie
 7. Die nichtfiskalische Zielsetzung im Steuerrecht
- II. Verbesserung der Unternehmensbesteuerung
 1. Die Besteuerung der Unternehmer
 2. Senkung der Vermögensteuer
 3. Plafondierung von Steuern
 4. Verbesserung der degressiven AfA
 5. Investitionszulagen
 6. Senkung der Gewerbesteuer
 7. Zuwendungen nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz
- III. Änderung der Einkommensteuer
 1. Änderung des Einkommensteuertarifs
 2. Änderung bei den Sonderausgaben
 3. Zur Problematik der steuerlichen Behandlung von Unterhaltsverpflichtungen
- IV. Änderungen bei der Umsatzsteuer
 1. Die Erhöhung des Steuersatzes
 2. Sechste EG-Richtlinie
- V. Förderung der Vermögensbildung
- VI. Verbesserung der betrieblichen Vermögensbildung
- VII. Weitere Vorhaben

Strukturfehler der Steuergesetze

Dr. Heinrich Sigloch, Richter am Bundesfinanzhof, München

- I. Abgrenzung des Themas
- II. Vermögensbegriffe
- III. Die latente Einkommensteuerlast
- IV. Wertbegriffe
- V. Zum „Allgemeinen Teil“ des Steuerrechts
- VI. Zum Erbschaftsteuergesetz 1974

Die steuerrechtliche Behandlung unwirksamer Verträge zwischen familien- und gesellschaftsrechtlich verbundenen Personen

Dr. Heinrich Wilhelm Kruse, o. Professor an der Ruhr-Universität Bochum

- I. Einordnung der Problematik in den größeren Zusammenhang der steuerrechtlichen Behandlung von Beziehungen zwischen einander nahe stehenden Personen
- II. Überblick über die Rechtsprechung zu den Verträgen zwischen Familienangehörigen
- III. Verallgemeinerung dieser Rechtsprechung durch BFH-Urteil vom 22.9.1976 — I R 68/74 (BStBl 1977 II S. 15)
- IV. Argumente gegen die Rechtsprechung
- V. Ungeeignete Argumente für die Rechtsprechung

Probleme bei der Aufhebung oder Änderung von Steuerverwaltungsakten außerhalb des Rechtsbehelfsverfahrens

Ministerialrat Dr. Jochen Thiel, Finanzministerium des Landes NRW, Düsseldorf

- I. Vorbemerkung
- II. Das Berichtungssystem der neuen AO
 1. Das äußere System
 2. Das innere System
- III. Zur Auslegung des Verfahrensrechts
- IV. Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden aufgrund neuer Tatsachen
 1. Umfang der zulässigen Änderung
 2. Neue Tatsachen zugunsten des Steuerpflichtigen
 3. Grobes Verschulden
 4. Bedeutungslosigkeit des groben Verschuldens
 5. Änderungssperre durch Außenprüfung

Mitwirkungspflichten bei Auslandsbeziehungen

Regierungsdirektor Heinz Neubauer, Bundesamt für Finanzen, Bonn - Bad Godesberg

- I. Allgemeines zur Mitwirkungspflicht des Beteiligten (Steuerpflichtigen) bei Betriebsprüfungen
- II. Grundsätzliches zur Mitwirkungspflicht
- III. Erhöhte Mitwirkungspflicht bei Auslandsbeziehungen
- IV. Mitwirkungspflichten nach § 90 Abs. 2 AO 77 (§ 171 Abs. 3 AO a.F.)
- V. Einzelfälle der Mitwirkung
 1. Allgemeines
 2. Mitwirkungspflichten bei Prüfung des Lieferungs- und Leistungsverkehrs zwischen verbundenen Gesellschaften
 3. Mitwirkung bei der Prüfung der Beteiligungswerte

4. Mitwirkung bei der Prüfung steuerfreier Einnahmen und steuerfreien Vermögens sowie der direkten und indirekten Steueranrechnung
 5. Mitwirkung bei der Betriebsstättenbesteuerung
 6. Mitwirkung bei der Hinzurechnungsbesteuerung
 7. Mitwirkung bei der Aufklärung von Sachverhalten bei Basisgesellschaften
- VI. Mitwirkungspflicht des Steuerpflichtigen nach § 16 AStG
- VII. Meldepflicht bei Gründung bzw. Erwerb von Betrieben, Betriebsstätten und Beteiligung an Gesellschaften im Ausland nach § 138 Abs. 2 u. 3 AO 77 (§ 165 d Abs. 3 u. 4 AO a.F.)
- VIII. Schlussbemerkung

Korreferat zum Referat Neubauer

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Helmut Becker, Düsseldorf

- I. Allgemeine Stellungnahme
- II. Das Verhältnis Untersuchungsgrundsatz zur Mitwirkungspflicht
- III. Der gesteigerte Pflichtenkreis bei Auslandsbeziehungen
- IV. Die Grenzen der Mitwirkungspflicht
- V. Die Auswirkungen der Grundsätze im Einzelfall
 1. Erhöhte Mitwirkungspflicht bei Auslandsbeziehungen
 2. Die Einrichtung der Verhältnisse zur Beschaffung von Unterlagen

Kurze Zusammenfassung der Podiumsdiskussion zum

Referat Regierungsdirektor Heinz Neubauer und
Korreferat Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Helmut Becker

Leitung der Diskussion:
Prof. Dr. Klaus VOGEL, Köln

Teilnehmer der Diskussion:
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Helmut BECKER, Düsseldorf
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Günter HALLERBACH, Duisburg
Regierungsdirektor Heinz NEUBAUER, Bundesamt für Finanzen
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Hans-Peter REUTER, Frankfurt

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:
Rechtsanwalt und Steuerberater Dr. Jürgen PELKA, Köln

Auskunftsersuchen an ausländische Finanzverwaltungen als Teil der Ermittlungspflicht

Die Tragweite des Beitragsgedankens bei der Auslegung des § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG

Dr. Lothar Woerner, Richter am Bundesfinanzhof, München

- I. Vorbemerkung
- II. Die frühere Auslegung des § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG
 1. Die Bilanzbündeltheorie
 2. Modifikationen der Bilanzbündeltheorie
 3. Gesamthandsvorstellung und Gleichstellung des Mitunternehmers mit dem Einzelunternehmer
 4. Zusammenfassende Würdigung
- III. Begründung des Beitragsgedankens
 1. Methodischer Ansatz
 2. Wortlaut und Sinnzusammenhang

3. Entstehungsgeschichte
 4. Vorläufer des Beitragsgedankens
 5. Kritik am Beitragsgedanken
 6. Bedeutung des Beitragsgedankens
- IV. Folgerungen aus dem Beitragsgedanken
1. Beitragsgedanke und Gewinnermittlung
 2. Der Beitragsgedanke und der Grundsatz der Gleichbehandlung von Mitunternehmer und Einzelunternehmer
 3. Der Beitragsgedanke und die Übertragung von Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens
 4. Beitragsgedanke und Restriktion des § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG
- V. Rechtspolitischer Ausblick

Korreferat zum Referat Dr. Woerner

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Arndt Raupach, München

- I. Die gesetzliche Grundentscheidung über die Einkommensbesteuerung der Mitunternehmer
1. Gleichbehandlung des Gewinnanteils des Mitunternehmers mit dem Gewinn aus Gewerbebetrieb eines Einzelunternehmers
 2. Die Problematik dieser Grundentscheidung
- II. Im Gesetz gelöste und ungelöste Probleme
1. Der Gewinnanteil des Mitunternehmers als „manipulierbare Größe“
 - a) Die kraft Gesetzes zum Gewinnanteil hinzuzurechnenden Vergütungen
 - b) Die im Gesetz nicht geregelten Vergütungen
 2. Unklarheiten hinsichtlich des Betriebsvermögens bei Mitunternehmerschaften
 - a) Der Gesellschaft zur Nutzung überlassene Wirtschaftsgüter
 - b) Dem Gesellschafter aus dem Gesamthandsvermögen zur Nutzung überlassene Wirtschaftsgüter
- III. Dogmatische Ansätze zur Lösung der Probleme
1. Grenzen der Bilanzbündeltheorie in ihren verschiedenen Ausprägungen
 - a) Die wörtlich genommene Bilanzbündeltheorie
 - b) Die „Gesamthandsvorstellung“ in der früheren Rechtsprechung
 2. Bedeutung des Beitragsgedankens
 - a) Bedeutung des Beitragsgedankens im Rahmen der Korrektur der Gewinnverteilung
 - b) Bedeutung des Beitragsgedankens bei der Problematik des Betriebsvermögens der Mitunternehmerschaften
 3. Vorschlag zur Lösung der dogmatischen Probleme der Gewinnverwirklichung bei Mitunternehmerschaften
 - a) Anerkennung der Veräußerungsgeschäfte zwischen Gesellschaft und Gesellschafter; Anwendung der Entnahme- und Einlagevorschriften nur zur Korrektur
 - b) Getrennter Vergleich des Betriebsvermögens der Mitunternehmerschaft und des Sonderbetriebsvermögens der Mitunternehmer
 - c) Telexlogische Reduktion der Entnahme- und Einlagevorschriften wie bei Einzelunternehmern mit mehreren Betrieben

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat und Korreferat Dr. Woerner und Dr. Raupach

Teilnehmer der Diskussion:
Dr. WOERNER und Dr. RAUPACH

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:
Rechtsanwalt und Steuerberater Dr. Jürgen PELKA, Köln

Beitragsgedanke und Gewinnrealisierung

Wahl zwischen Personengesellschaft und Kapitalgesellschaft unter besonderer Berücksichtigung des Sonderbetriebsvermögens

Rechtsanwalt und Notar Dr. Jürgen Ebeling, Fachanwalt für Steuerrecht, Hannover

- I. Aussagen der Teilsteuerrechnung als Ausgangsbetrachtung: Grundsätzliche steuerliche Mehrbelastung der Kapitalgesellschaft
 1. Allgemeines zur Teilsteuerrechnung
 2. Einzelne Aussagen
 3. Zusammenfassung
- II. Einzelne steuerliche Vorzüge der Kapitalgesellschaft:
 1. Anteilsveräußerung unter dem Gesichtspunkt des § 17 EStG
 2. Angemessenheit der Gewinnverteilung im Rahmen von Familien-Gesellschaften
 3. Übertragung von Gesellschaftsanteilen unter Einräumung von Nießbrauchrechten und sonstigen Nutzungsrechten
 4. Einsparung von Gewerbesteuer durch Unternehmerlöhne und sonstige Leistungen an Gesellschafter
 5. Keine Vorrathshaltung des Fiskus gem. § 7 Abs. 5 ErbStG
- III. Besondere steuerliche Vorteile im Rahmen von Personengesellschaften
 1. Abschreibungen auf Anteilserwerbe
 2. Sonderabschreibungen und Entnahmen
 3. Verlustausgleich und Verlustabzug
 4. Keine doppelte Vermögensteuerbelastung
 5. Stundung von Erbschaftsteuern aus betrieblichem Anlass, § 28 ErbStG
 6. Keine kapitalverkehrssteuerlichen Probleme: bei der reinen Personengesellschaft
 7. Bislang nur unzureichend gewürdigte grunderwerbsteuerliche Vorzüge
- IV. Gestaltung zur Kompensierung steuerlicher und sonstiger Nachteile der reinen Gesellschaftsformen des Handelsrechts
 1. GmbH & Co KG insbesondere unter dem Gesichtspunkt der verdeckten Gewinnausschüttung
 2. GmbH und atypische stille Gesellschaft
 3. GmbH und echte stille Gesellschaft zwecks Minderung der vermögensteuerlichen Gesamtbelastung
 4. Partiarische Darlehen als geeignetes Mittel der Gewerbesteuerentlastung?
 5. Echte und unechte Betriebsaufspaltung
 6. Miet-, Pacht- sowie sonstige Nutzungsüberlassungsverträge
- V. Eingeschränktes Wahlrecht infolge unterschiedlicher steuerlicher Belastung des Umwandlungsvorganges
 1. Grundsätzliches
 2. Sonderbetriebsvermögen im Hinblick auf § 20 Umwandlungssteuergesetz 1977
 3. Grunderwerbsteuerliche Besonderheiten im Rahmen des § 27 Umwandlungssteuergesetz 1977
- VI. Umstände des Einzelfalles von ausschlaggebender Bedeutung für die Wahl der Unternehmensform

Korreferat zum Referat Dr. Ebeling

Professor Dr. Ludwig Schmidt, Richter am Bundesfinanzhof, München

- I. Einführung
- II. Die Elastizität des GmbH-Rechts
 1. Die GmbH mit gesetzlichem Normalstatut
 - a) Leistungspflichten
 - b) Gewinnansprüche
 - c) Mitverwaltungsrechte
 - d) Gesellschafterversammlung
 - e) Anteilsveräußerung
 - f) Liquidationsanteil
 - g) Ausschluss
 - h) Anteilsvererbung
 2. Die GmbH mit einer gesellschaftsvertraglichen Korrektur des gesetzlichen Normalstatuts
 - a) Leistungspflichten
 - b) Gewinnansprüche
 - c) Mitverwaltungsrechte
 - d) Gesellschafterversammlung
 - e) Veräußerung
 - f) Liquidationsanteil
 - g) Einziehung
 - h) Anteilsvererbung
- III. Anwendung der BFH-Rechtsprechung zur angemessenen Gewinnverteilung bei Familienpersonengesellschaften auf die Familien-GmbH?
 1. Problemstellung
 2. Die GmbH mit gesetzlichem Normalstatut
 3. Die GmbH mit gesellschaftsvertraglichen Korrekturen des gesetzlichen Normalstatuts, die alle Gesellschafter gleichmäßig belasten oder begünstigen
 4. Die GmbH mit gesellschaftsvertraglichen Korrekturen des gesetzlichen Normalstatus, die nur einzelne Gesellschafter belasten oder begünstigen
- IV. Das Verfahren „Schutt aus — Hol zurück“
 1. Grundlegung
 2. Einkommensteuerrechtliche Beurteilung

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat und Korreferat Dr. EBELING und Dr. SCHMIDT

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:
Rechtsanwalt und Steuerberater Dr. Jürgen PELKA, Köln

Zweckmäßigkeit einer Betriebsaufspaltung unter zivilrechtlichem Aspekt

Zur Bildung von Rückstellungen im Steuerrecht

Dipl.-Kaufmann Professor Dr. Horst Vogel, Rechtsanwalt und Steuerberater, Bonn

- I. Einleitung
- II. Die Bildung von Rückstellungen nach Handels- und Steuerrecht
 1. Die Rückstellungstatbestände des § 152 Abs. 7 AktG
 2. Maßgeblichkeit der aktienrechtlichen Vorschriften zur Bilanzierung von Rückstellungen für die steuerliche Gewinnermittlung
- III. Voraussetzungen der Rückstellungsbildung

1. Verpflichtung gegenüber einem Dritten
 2. Wirtschaftliche Verursachung vor dem Bilanzstichtag
 3. Gefahr der Inanspruchnahme
- IV. Beurteilung einzelner Rückstellungszwecke
1. Gewährleistungsverpflichtungen
 2. Produzentenhaftung
 3. Jahresabschlusskosten
 4. Sicherheitsinspektionen
 5. Aus Arbeitsverhältnissen
 6. Verwaltungskosten bei Teilzahlungskrediten
 7. Schadensbearbeitungskosten im Versicherungsgeschäft

Korreferat zum Referat Dr. Vogel

Dr. Georg Döllerer, Richter am Bundesfinanzhof, München

- I. Abgrenzung der Rückstellungen von anderen Passivposten
 1. Abgrenzung von den Rücklagen
 2. Abgrenzung von den übrigen Passivposten
 3. Bedeutung der Abgrenzung der Rückstellungen von den übrigen Passivposten
- II. Passivierungspflicht oder Passivierungswahlrecht für Rückstellungen
 1. Rückstellungen für Schulden, insbesondere Pensionsrückstellungen
 2. Rückstellungen für Aufwand

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über

das Referat und Korreferat Dr. VOGEL und Dr. DÖLLERER

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:
Rechtsanwalt und Steuerberater Dr. Jürgen PELKA, Köln

Rückstellung für erhöhte Versicherungsprämie

Zur Problematik der Abschreibungsgesellschaften

Rechtsanwalt und Steuerberater Dr. Gerhard Bopp, München

- I. Problemstellung
- II. Gesetzliche Maßnahmen gegen die Inanspruchnahme von Steuervergünstigungen
- III. Die Entstehung neuer Typen von steuerbegünstigten Kapitalanlagen
- IV. Verwaltungsmaßnahmen gegen Abschreibungsgesellschaften
- V. Die geplante Abschaffung des negativen Kapitalkontos von Kommanditisten
 1. Auswirkungen auf „normale“ Kommanditgesellschaften
 2. Umfang der Auswirkungen des negativen Kapitalkontos bei steuerbegünstigten Kapitalanlagen
 3. Mögliche Ausweichreaktionen
- VI. Die Notwendigkeit kapitalmarktrechtlicher Maßnahmen
- VII. Schlussbemerkung

Korreferat zum Referat Dr. Bopp

Ministerialdirigent Dr. Adalbert Uelner, Bundesfinanzministerium, Bonn

- I. Zur Begriffsbestimmung „Abschreibungsgesellschaft“
- II. Wirkung und Bedeutung von Abschreibungsgesellschaften
- III. Maßnahmen zum Anlegerschutz

- IV. Zu den bisherigen Verwaltungsmaßnahmen
- V. Grundproblematik: Negatives Kapitalkonto
 - 1. Analyse der bisherigen BFH-Rechtsprechung
 - 2. Gesetzgeberische Bemühungen
 - 3. Bemerkungen zu Einwendungen gegen die Nichtanerkennung des negativen Kapitalkontos
- VI. Schlussbemerkung

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über
das Referat und Korreferat Dr. BOPP und Dr. UELNER

Leiter der Diskussion:
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Arndt RAUPACH, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:
Rechtsanwalt und Steuerberater Dr. Jürgen PELKA, Köln

Allgemeines zur Problematik der Abschreibungsgesellschaft

Aktuelle Fragen des Körperschaftsteuerrechts

Ministerialrat Dr. Siegfried Widmann, Bayer. Staatsministerium der Finanzen, München

- I. Ermäßigt besteuerte Einkommensteile
 - 1. Anrechnung ausländischer Steuern
 - 2. Reichweite des § 32 KStG
- II. Kapitalrückzahlung
 - 1. Kapitalherabsetzung und Auswirkung auf den Ansatz der Anteile
 - 2. Kapitalherabsetzung und sich mit Rücklagen deckendes Nennkapital
 - 3. Handelsrechtliche Probleme, wenn sich Nennkapital mit verwendbarem Eigenkapital deckt
 - 4. Kapitalherabsetzung ohne Kapitalrückzahlung
 - 5. Einziehung eigener Anteile
- III. Behandlung der Einlagen im neuen Körperschaftsteuerrecht
 - 1. Einlagen — Gewinnauswirkung
 - 2. Rückzahlung von Einlagen
 - 3. Einlagen im Rahmen des § 39 KStG
- IV. Probleme des UmwStG 77
 - 1. Mängel des § 9 UmwStG 77
 - 2. Bilanzfelle Erfassung des steuerpflichtigen Übernahmegewinns nach § 15 Abs. 2 Satz 2 UmwStG 77
 - 3. Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals bei steuerpflichtigem Übernahmegewinn nach § 15 Abs. 2 Satz 2 UmwStG 77

Korreferat zum Referat Dr. Widmann

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Bruno Gassner, Stuttgart

- I. Abschlagszahlungen auf die Dividende 1977
- II. Abgrenzung zwischen Kapitalherabsetzung und Gewinnausschüttung
 - 1. Das Nennkapital gehört in vollem Umfang zum übrigen Eigenkapital
 - 2. Das Nennkapital enthält verwendbares Eigenkapital
 - 3. Auswirkungen auf den Buchwert der Beteiligung bei dem Gesellschafter
- III. Negative Altrücklage wegen Verlustvorträgen aus der Zeit vor Inkrafttreten des KStG 1977
- IV. Eigenkapitalverwendung bei passivierter Vermögensabgabe
- V. Bilanzierung von Dividendenansprüchen bei Kapital- und Personengesellschaften

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über
das Referat und Korreferat Dr. WIDMANN und B. GASSNER

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:
Rechtsanwalt und Steuerberater Dr. Jürgen PELKA, Köln

Zur Auslegung des § 39 KStG

Die körperschaftsteuerliche Organschaft nach dem KStG 77

Rechtsanwalt und Notar Werner Jurkat, Wirtschaftsprüfer und Fachanwalt für Steuerrecht, Frankfurt

- I. Die körperschaftsteuerliche Organschaft im System des KStG 77
- II. Die Voraussetzungen der körperschaftsteuerlichen Organschaft
 1. Organträger und Organ
 2. Die Voraussetzungen der körperschaftsteuerlichen Organschaft, wenn die Organgesellschaft eine AG oder KG a.A. ist
 3. Die Voraussetzungen der körperschaftsteuerlichen Organschaft, wenn das Organ keine AG oder KG a.A. ist
 4. Die Voraussetzungen der körperschaftsteuerlichen Organschaft, wenn der Organträger ein ausländisches gewerbliches Unternehmen ist
- III. Die steuerlichen Wirkungen der Organschaft
 1. Grundsatz
 2. Besondere Vorschriften zur Ermittlung des Einkommens der Organgesellschaft
 3. Ausgleichszahlungen
 4. Steuerfreie Einnahmen der Organgesellschaft
- IV. Der Steuerabzug beim Organträger
 1. Tarifvorschriften, die den Abzug von der Körperschaftsteuer vorsehen
 2. Anrechnung von Steuerabzugsbeträgen
- V. Die Auswirkungen auf die Gliederung des Eigenkapitals bei körperschaftsteuerlicher Organschaft
 1. Vorbemerkung
 2. Die Gliederung des Eigenkapitals bei dem Organträger
 3. Die Gliederung des Eigenkapitals bei Kapitalgesellschaften, die Gesellschafter einer Organträger-Personengesellschaft sind
 4. Die Gliederung des Eigenkapitals bei der Organgesellschaft
 5. Gliederungsbeispiele
- VI. Die wirtschaftliche und steuerliche Bedeutung der Organschaft nach dem KStG 77

Korreferat zum Referat Jurkat

Oberregierungsrat Hans Joachim Krebs, Bundesfinanzministerium, Bonn

- I. Vorbemerkung
- II. Wirtschaftliche Eingliederung als Voraussetzung für die Organschaft
- III. Grenzfälle des Steuerabzugs nach § 19 KStG 1977 bei dem Organträger
- IV. Probleme bei Organträgern, die Personengesellschaften mit einer oder mehreren Kapitalgesellschaften als Gesellschafter sind
- V. Fragen bei Ausgleichszahlungen an Minderheitsaktionäre
- VI. Nebenwirkungen der Organschaft, wenn der Organträger eine Kapitalgesellschaft mit ausländischen Anteilseignern ist
- VII. Rechtsfolgen im Falle einer „verunglückten“ Organschaft

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat und Korreferat JURKAT und KREBS

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:
Rechtsanwalt und Steuerberater Dr. Jürgen PELKA, Köln

Voraussetzungen des internationalen Schachtelprivilegs

Ausgewählte betriebswirtschaftliche Fragen zur Körperschaftsteuerreform Steuerberater Prof. Dr. Gottfried Bähr, München

- I. Vorbemerkungen
- II. Auswirkungen der Reform im Bereich der betrieblichen Finanzpolitik
 1. Auswirkungen auf das betriebliche Ausschüttungsverhalten
 2. Effektive Belastung nichtabzugsfähiger Ausgaben
 3. Beteiligungs- oder Fremdfinanzierung
 4. „Schütt` aus / Hol` zurück“-Verfahren
- III. Veränderungen des Entscheidungskalküls zur Rechtsformwahl

Außensteuerrechtliche Wirkungen der Steuerreformgesetze Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht, Dr. Arndt Raupack, München

- I. Vorbemerkung
 1. Stellung des Außensteuerrechts in der Steuerrechtsordnung
 2. Problemstellung des Referats
- II. Außensteuerrechtliche Grundsatzprobleme im Rahmen der Steuerreform
 1. Ungelöste Probleme im Verhältnis des Außensteuergesetzes zu den Vorschriften des sonstigen inländischen Steuerrechts
 - a) Verhältnis der Einkunftsberichtigung nach § 1 AStG zum inländischen Steuerrecht
 - b) Verhältnis der Zugriffsbesteuerung zu Vorschriften des allgemeinen Steuerrechts
 - c) Besteuerung wesentlicher Beteiligungen bei Wohnsitzwechsel (§ 6 AStG) und das Problem der Steuerentstrickung
 2. Probleme aus dem Zusammentreffen von AStRG, VStRG und KStRG
 - a) Die Besteuerung von Basisgesellschaften nach Inkrafttreten des VStRG und des KStRG
 - b) Indirekte Steueranrechnung — Internationales Schachtelprivileg — Körperschaftsteueranrechnung
 3. Probleme der Körperschaftsteuerreform im Verhältnis zu Doppelbesteuerungsabkommen
 - a) Die Behandlung ausländischer Anteilseigner nach der Körperschaft- Steuerreform
 - b) Die Behandlung ausländischer Betriebstätten inländischer KapGes. nach der Körperschaftsteuerreform
 4. Verwirklichte und nicht verwirklichte Vorhaben der ESt-Reform im Bereich des Außensteuerrechts
 - a) Verwirklichte Reformvorhaben
 - b) Nicht verwirklichte Reformvorhaben
- III. Stellung des Außensteuerrechts in der Steuerreform, Versuch einer kritischen Würdigung

Korreferat und Stellungnahme zum Referat Dr. Raupack Ministerialdirigent Dr. Klaus Manke, Bundesfinanzministerium, Bonn

- I. Einleitung

- II. Außensteuerliche Grundsatzprobleme im Rahmen der Steuerreform
 1. Ungelöste Probleme im Verhältnis des Außensteuergesetzes zu den Vorschriften des sonstigen inländischen Steuerrechts
 - a) Verhältnis der Einkunftsberichtigung nach § 1 AStG zum inländischen Steuerrecht
 - b) Verhältnis der Zugriffsbesteuerung (§§ 7 —14 AStG) zum Scheingeschäft, zur Steuerumgehung und zur Zurechnung bei Treuhandverhältnissen
 - c) Besteuerung wesentlicher Beteiligungen bei Wohnsitzwechsel (§ 6 AStG) und das Problem der Steuerentstrickung
 2. Probleme aus dem Zusammentreffen von Außensteuerreformgesetz, Vermögensteuerreformgesetz und Körperschaftsteuerreformgesetz
 - a) Die Besteuerung von Basisgesellschaften bei der Vermögen- und Körperschaftsteuer
 - b) Indirekte Steueranrechnung — Internationales Schachtelprivileg — Körperschaftsteueranrechnung
 3. Probleme der Körperschaftsteuerreform im Verhältnis zu Doppelbesteuerungsabkommen
 - a) Die Behandlung ausländischer Anteilseigner nach der Körperschaftsteuerreform
 - b) Die Behandlung ausländischer Betriebstätten inländischer Kapitalgesellschaften nach der Körperschaftsteuerreform
 4. Verwirklichte und nicht verwirklichte Vorhaben der Einkommensteuerreform im Bereich des Außensteuerrechts
 - a) Verwirklichte Reformvorhaben
 - b) Nicht verwirklichte Reformvorhaben

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über
das Referat und Korreferat Dr. Arndt RAUPACH und
Dr. Klaus MANKE

Leiter der Diskussion:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Georg DÖLLERER

Teilnehmer der Diskussion:
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Helmut BECKER, Düsseldorf
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Arnold HEINING, Köln
Ministerialdirigent Dr. Klaus MANKE, Bonn
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Arndt RAUPACH, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:
Rechtsanwalt und Steuerberater Dr. Jürgen Pelka, Köln

Verhältnis des § 1 Außensteuergesetz zu anderen Gewinnberichtigungsvorschriften

Die Folgen fehlender steuerjuristischer Ausbildung für die juristische Berufspraxis

Rechtsanwalt und Notar Franz Josef Haas, Fachanwalt für Steuerrecht, Bochum
(Referat für die Jahrestagung der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft am 15.11.1976 in Köln)

- I. Vorbemerkung
- II. Das Berufsbild des Einheitsjuristen
 1. Der Einheitsjurist und seine Bewährung
- III. Entwicklung des beruflichen Besitzstandes des Einheitsjuristen
 1. Höherer Beamter in der Finanzverwaltung
 2. Anwalt
 3. Notar
 4. Richter einschließlich der Finanzgerichtsbarkeit
- IV. Generelle Entwicklungen
 1. Finanzhochschule
 2. Studienverhalten des Studenten

- V. Gründe für die Notwendigkeit der Begegnung der Entwicklung Weg vom Juristen" im Bereich
 - 1. Vertretung vor dem Gericht
 - 2. Beratung des Gesetzgebers
 - 3. Steuerverwaltung
 - 4. Steuerberatung

 - VI. Entwicklung des Verhältnisses der Steuerwissenschaften untereinander — Grund für die Verdrängung des Juristen aus der Tätigkeit für das Steuerwesen?

 - VII. Zusammenfassung und Forderungen
- 